

Interview
S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein
mit Chefredaktor Tino Quaderer,
Liechtensteiner Volksblatt, zum Staatsfeiertag 2008

14. August 2008

“Volksblatt”: Liechtenstein stand Anfang des Jahres mitten in einer bisweilen sehr hart geführten Steuerdebatte mit Deutschland und teils auch anderen Ländern. Welche Möglichkeiten hat Liechtenstein als Kleinstaat überhaupt, sich in solchen Drucksituationen zur Wehr zu setzen und die eigenen Interessen zu verteidigen?

S.D. Landesfürst Hans-Adam II.: Meines Erachtens haben wir trotz unserer geringen Grösse einen grossen Handlungsspielraum, der in manchen Fragen grösser ist als der Handlungsspielraum anderer Staaten. Wir sind beispielsweise in Steuerfragen beweglicher und können so eine Nischenpolitik betreiben. Natürlich wird es immer wieder Druck geben. Zugleich dürfen wir aber die Drohungen beispielsweise Deutschlands nicht überschätzen.

Hat man sich von Seiten Liechtensteins in dieser Debatte richtig verhalten?

Ich glaube, dass Liechtenstein im Grossen und Ganzen richtig reagiert hat. Man blieb ruhig und bestimmt. Wir haben darauf hingewiesen, dass Liechtenstein in verschiedenen Bereichen bereits mit der EU verhandelt. Wir sollten uns nicht allzu sehr beeindrucken lassen, sondern müssen die Nerven behalten. Das ist durchaus geglückt.

Muss sich Liechtenstein darauf einstellen, dass es in den nächsten Jahren immer wieder solche Druckwellen aus dem Ausland geben wird oder sehen Sie Möglichkeiten, wie Liechtenstein sich aus dieser Druckspirale bewegen könnte?

Liechtenstein könnte sich sicher künftigem Druck entziehen, wenn es vollumfänglichen Informationsaustausch anbieten würde. Ich glaube aber nicht, dass das notwendig ist. Wir werden in unseren Verhandlungen in etwa so weit gehen wie dies bei der Schweiz oder auch Luxemburg der Fall ist.

Würden Sie dem Land daher raten, sich an diesen Druck zu gewöhnen und die eigenen Standortvorteile langfristig verteidigen zu wollen?

Wir müssen in der Tat versuchen, diese Standortvorteile so lange als möglich zu verteidigen – genauso wie wir dies in der Vergangenheit auch getan haben.

Da und dort werden wir natürlich nicht darum herum kommen, den Druck durch entsprechende Verhandlungen und Abkommen abzubauen. Ich möchte aber daran erinnern, dass man schon vor dem 2. Weltkrieg von deutscher Seite Druck ausgeübt hat, weil wir Steuerflüchtlinge und andere Flüchtlinge aufgenommen haben. Vor rund 40 Jahren hat ein deutscher Finanzminister mit dem Einmarsch der deutschen Feuerwehr gedroht, falls wir weiterhin eine Steueroase bleiben. Die Angriffe aus der Steuerwüste im Norden haben Tradition, und trotzdem sind wir immer noch eine Steueroase.

Sind Sie dennoch zuversichtlich was die Zukunft des Standortes und des Finanzplatzes anbelangt?

Ich bin überzeugt, dass wir unseren Finanzplatz auch langfristig behalten können. Natürlich können wir nie ganz ausschliessen, dass es irgendwann einmal das Bank- und das Anwaltsgeheimnis in Steuerfragen nicht mehr geben wird. Wenn es beispielsweise in der Schweiz und Österreich fällt, wird es auch für uns schwer werden, dieses zu schützen.

Andererseits müssen wir auch sehen, dass der Finanzplatz auch leben kann, ohne dass wir unbedingt auf Kunden angewiesen wären, die nur wegen dem Bankgeheimnis hier herkommen. Viele Kunden des Finanzplatzes Liechtenstein haben ihre Gelder ganz legal deklariert. Daher glaube ich, dass unser qualitativ hoch stehender Finanzplatz in einer anderen Form auch ohne Bankgeheimnis weiterexistieren könnte.

Wie schätzen Sie den Schaden ein, den Liechtenstein durch diese Debatte bislang erleiden musste?

Ich sehe den Schaden primär auf der Kundenseite, indem beispielsweise die Kundenzuwächse derzeit nicht mehr so gross sind wie zuvor. Im Jahr 2000 hatten wir ja bereits einmal eine ähnliche Situation, die zu einem temporären Dämpfer geführt hat.

Generell bleibe ich aber hinsichtlich der Zukunft eines Kleinstaates wie Liechtenstein sehr optimistisch. Als Staatsoberhaupt eines Kleinstaates mache ich mir weniger Sorgen, als wenn ich Staatsoberhaupt eines grossen und zentralisierten Staates wäre. Der Trend geht heute klar in Richtung kleiner und flexibler Staaten. Dem Kleinstaat gehört die Zukunft und die grossen Staaten werden sich dezentralisieren müssen.

Angesichts dessen muss Liechtenstein einfach genug Geduld und Kraft haben, um von diesem beginnenden Zeitalter der Kleinstaaten profitieren zu können. Letztlich bestätigt ja auch unsere Wirtschaftsentwicklung, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Grundsätzlich muss Liechtenstein in der Aussenpolitik immer die richtige Mischung aus internationaler Zusammenarbeit einerseits und Sicherung unserer Standortvorteile andererseits suchen. Ein zentrales Element der fortschreitenden Zusammenarbeit mit Europa ist Liechtensteins Beitritt zu Schengen/Dublin. Was bringt das unserem Land wirklich?

Bei Schengen/Dublin überwiegen meines Erachtens ganz klar die Vorteile. Wir verpflichten uns zwar zu einem gewissen Ausbau des Informationsaustausches, und zugleich profitiert auch Liechtenstein: so wird der freie Personenverkehr ausgebaut und wir können künftig ohne Pass durch fast ganz Europa reisen. Schengen/Dublin ist aber auch wichtig für die Verbrechensbekämpfung und für den Informationsaustausch der Sicherheitsorgane.

Hätten wir diesen Informationsaustausch bereits vor einigen Jahren gehabt, dann hätten wir wohl rechtzeitig über Herrn Kieber Bescheid gewusst, und der Haftbefehl wäre nicht lange Zeit in Spanien liegen geblieben.

Wie kann es Liechtenstein gelingen, die richtige Mischung zwischen Zusammenarbeit und Standortsicherung zu finden?

Als EWR-Mitglied hat Liechtenstein mehr Spielraum als die EU-Staaten. Wir haben beim EWR-Vertrag weniger Rechte aufgeben müssen als beim Zollvertrag. Daher haben wir ein starkes Interesse daran, an diesem Model festzuhalten und ich glaube auch, dass man sich in Brüssel flexibel zeigen wird, um auch nach einem allfälligen Ende des EWR weiterhin in dieser Form mit Liechtenstein zusammenzuarbeiten. Schliesslich dürfte in Brüssel das Interesse an einem EU-Beitritt Liechtensteins eher beschränkt sein.

Zugleich müssen wir und die EU sehen, dass europäische Steuerflüchtlinge nicht auf Liechtenstein angewiesen sind, sondern dass einerseits in Europa und andererseits ausserhalb Europas viele weitere Steueroasen existieren.

Verschiedene deutsche Politiker haben Liechtenstein gedroht und Forderungen aufgestellt. Was würden Sie diesen Politikern antworten respektive was wäre Ihre Botschaft in Richtung Berlin?

Ähnlich wie Liechtenstein Deutschland in der Frage der Schaffung einer FIU (Financial Intelligence Unit) beraten hat, würde ich die deutschen Politiker gerne beraten, wie man Deutschland wieder steuerattraktiver macht. Deutschland sollte selbst zu einer Steueroase werden.

Weshalb geht es Liechtenstein heute so gut respektive noch besser als anderen europäischen Staaten wie Deutschland?

Anders als beispielsweise in Deutschland fokussiert sich der Staat bei uns auf die wesentlichen Aufgaben. Hinzu kommt die direkte Demokratie, die sich in

Liechtenstein und anderen Staaten als Erfolgsmodell erwiesen hat. Meines Erachtens stehen viele Staaten am Anfang einer neuen Entwicklung hin zu mehr direkter Demokratie.

Angesichts teils ungewisser wirtschaftlicher Perspektiven und der Diskussion rund um den Finanzplatz blicken manche Menschen der Zukunft mit einer gewissen Skepsis entgegen. Was würden Sie diesen Personen mit auf den Weg geben?

Als Bürger eines kleinen Staates haben wir fast schon einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber grossen und mächtigen Staaten. Aber man darf sich nicht beirren lassen und sollte sich einfach die Frage stellen, wem es in Sachen Wohlstand, Sicherheit und dergleichen besser geht, den Grossen oder den Kleinen?

Aufgrund dessen haben wir guten Grund, selbstbewusst aufzutreten – auch gegenüber dem Ausland. Schliesslich haben wir ja auch eine sehr diversifizierte Wirtschaftsstruktur. Geht es einem Wirtschaftszweig mal etwas schlechter, geht es einem anderen sehr gut. Daher ist unsere Wirtschaft krisenresistenter als in grossen Staaten wie Deutschland. Dort gibt es ganze Regionen, die hauptsächlich von einem Wirtschaftszweig abhängig sind. Ist dieser nicht mehr konkurrenzfähig, kriselt es in der ganzen Region.

Trotz sehr positiver Zukunftsaussichten stellen sich uns in Liechtenstein aber auch wichtige Reformprojekte. Wo sehen Sie die Schwerpunkte?

Sehr wichtig ist, dass wir unser Steuersystem grundlegend ändern und europakompatibel machen. Hier sind wir gut beraten uns anzuschauen, was in anderen Staaten die besten Lösungen sind, um daraus dann eine massgeschneiderte Lösung für Liechtenstein zu schaffen.

Es gab bereits in der Vergangenheit verschiedene Anläufe, auch mein Vater beispielsweise hat damals eine Reform angeregt. Aufgrund des Erfolgs unseres Steuerrechts sind all diese Projekte gescheitert. Ich denke mir, dass wir eine günstige Gelegenheit haben, um ein wirklich innovatives und modernes Steuerrecht zu schaffen, das dann womöglich auch für andere europäische Staaten Modellcharakter hat.

Es gibt bereits eine Reformkommission der Regierung, die meines Wissens sehr gute Arbeit geleistet hat. Entscheidend wird natürlich sein, wie man diese Reform den Liechtensteinern verkauft, sodass diese Reform nicht wie frühere Versuche am Volk scheitert.

Kann sich da die Steuerdebatte von Anfang des Jahres eventuell gar als hilfreich erweisen?

Das Bewusstsein ist in den vergangenen Monaten oder auch Jahren bei vielen Liechtensteinern gewachsen, dass wir uns in diesem Bereich vom alt Bewährten lösen müssen.

Natürlich wird es wie bei jeder Reform Gewinner und Verlierer geben. Letzten Endes werden wir aber alle von einer Vereinfachung des Steuerrechts mehr gewinnen als verlieren.

Welche weiteren Reform-Schwerpunkte sehen Sie neben dem Steuerrecht in näherer Zukunft?

Meines Erachtens ist das Erziehungssystem der zweite zentrale Bereich, den wir erneuern müssen. Wir werden nämlich nur konkurrenzfähig bleiben, wenn wir ein erstklassiges Erziehungssystem haben.

Was kennzeichnet ein konkurrenzfähiges Erziehungssystem?

Auch hier müssen wir uns wohl vom Gewohnten lösen. Es sind ja bereits Reformen im Gespräch – etwa mit Bildungsgutscheinen oder Bildungskonten. Das bedeutet unter anderem, dass der Staat nicht mehr selbst die Schulen betreibt, sondern die Ziele vorgibt und Schulen darin kontrolliert, ob diese Ziele eingehalten werden. Dadurch entsteht für die Schulen sowie die Eltern und Schüler ein grosser Handlungsspielraum.

Auf diese Weise ersparen wir uns diese ganze Diskussion über Langzeit- und Untergymnasium. All diese Dinge müssen dann nicht mehr zentral von einem Schulamt vorgegeben werden, sondern die Eltern und auch die Schulen können dann solcherlei Fragen selbst entscheiden.

Heute haben diese Freiräume nur jene Eltern, die sich Privatschulen leisten können. Das ist meines Erachtens unsozial. Es darf in der Bildung keine Benachteiligung jener Schichten geben, die ohnehin schon benachteiligt sind. Mit Bildungskonten und –gutscheinen könnte man mehr Chancengleichheit schaffen. Selbst in Schweden hat man dies erkannt und das Bildungssystem in diesem Sinne reformiert.

Deckt sich die laufende Bildungsreform mit diesen Grundsätzen wie Sie sie eben skizziert haben?

Es geht teilweise durchaus in die Richtung, dass die Schulen mehr Freiheiten erhalten sollen. Trotzdem ist man noch ziemlich weit davon entfernt, diese Ideen wirklich umzusetzen.

Wir sollten uns auf der politischen Ebene sehr konkret mit der Idee der Bildungskonten auseinandersetzen und mit der laufenden Reform kombinieren. Das würde die laufende Reform wohl auch erleichtern.

Ein weiteres Thema, das in Liechtenstein derzeit sehr intensiv diskutiert wird, ist die Ausländerpolitik. Gegenwärtig begrenzt das Land den Zuzug von Ausländern recht stark. Soll man in der Zukunft daran festhalten oder sehen Sie Alternativen, etwa in einem Ausbau der qualifizierten Zuwanderung?

Ich denke nicht, dass wir mit der EU auf eine andere Lösung als die gegenwärtige kommen werden – auch wenn das Losverfahren aus liechtensteinischer Sicht nicht das Optimum darstellt. Begrenzen müssen wir den Zuzug auf irgendeine Weise, sonst wird früher oder später auf liechtensteinischer Seite das ganze Rheintal zugebaut und die Bodenpreise würden stark ansteigen.

Liechtenstein ist dabei ein neues Ausländergesetz für Drittstaaten ausländer zu schaffen. Was versprechen Sie sich davon?

Was die Zuwanderung aus dem EU-Raum anbelangt, sind wir gebunden und haben wenig Handlungsspielraum. Was die Drittstaaten anbelangt sind wir hingegen frei in der Entscheidung, wen wir in unser Land lassen und wen nicht. Daher sollte man gerade hier auf qualifizierte Kräfte setzen.

Die Integrationsprobleme sind in Liechtenstein weit weniger ausgeprägt als in anderen europäischen Staaten. Nichtsdestotrotz: Hat Liechtenstein heute ein Ausländerproblem?

Wir sind auch in dieser Frage unter den glücklichen Staaten in Europa. Andere Staaten mit einem ähnlichen Ausländeranteil haben sicherlich grössere Probleme als Liechtenstein. Auch Menschen aus anderen Kulturkreisen sind bei uns im Grossen und Ganzen gut integriert.

Wir müssen aber genau darauf achten und so gut es geht auch darauf drängen, dass Menschen aus anderen Sprachgebieten möglichst rasch unsere Sprache lernen. Daher plädiere ich dafür, auch wenn es in Liechtenstein nicht sonderlich populär ist, dass man an den Schulen und schon in den Kindergärten auf die hochdeutsche Sprache setzt. Mit schlechten Hochdeutschkenntnissen ist auch der Liechtensteiner je länger desto mehr am Arbeitsplatz benachteiligt.

Beim Thema Ausländerpolitik und Integration kommt man unweigerlich auch auf das Thema Religion. Kürzlich hat die Regierung den Entwurf eines neuen Religionsgesetzes vorgestellt. Ist es für Sie vorstellbar, dass früher oder später auch die muslimische Glaubensgemeinschaft in Liechtenstein zu einer öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaft wird?

Ich hoffe es. Im Grunde genommen sollten wir allen anerkannten Religionsgemeinschaften den Status einer öffentlich-rechtlichen Glaubensgemeinschaft nach dem neuen Religionsgesetz verleihen, soweit sie das wünschen. Zugleich

müssen wir von diesen Glaubensgemeinschaften aber verlangen, dass sie sich an die liechtensteinischen Gesetze halten.

Die Finanzierung der Kirchen soll mit dem neuen Gesetz auf eine neue Basis gestellt werden. Droht den Kirchen, respektive der katholischen Kirche im Besonderen, dadurch ein finanzieller Aderlass?

Ich blicke dem eher gelassen entgegen. Wenn man sich die Situation im Ausland ansieht, zeigt sich, dass die Kirchen in vielen Ländern weit weniger stark durch die öffentliche Hand gefördert werden, dass dort zugleich aber ein sehr blühendes religiöses Leben herrscht. Das Ausmass der finanziellen Unterstützung steht in keinem direkten Verhältnis zum religiösen Leben in einem Land.

Gerade in Liechtenstein als reichem Land sehe ich kein Problem, dass sich neben den Zuwendungen der öffentlichen Hand ausreichend private Spender finden werden. Von dem Geld, das die Kirche heute erhält, dient nur ein Teil zur Bezahlung der Priester, der Rest fliesst oft in Projekte, die für das religiöse Leben unseres Landes nicht unbedingt nötig sind.

Und welche Lösung sehen Sie im Streit zwischen dem Erzbistum und den Gemeinden um die Vermögensverhältnisse respektive um die Liegenschaften?

Meines Erachtens sollte man die Kirchen der Kirche geben. Was soll eine Gemeinde sonst mit einer katholischen Kirche machen? Zum Teil sind diese Kirchen früher ja auch durch Spenden – etwa des Fürstenhauses – errichtet worden. Von daher betrachte ich die Auffassung, dass man die Liegenschaften der Kirche übergibt. Wie die Kirche diese Bauten dann nutzt, ist Aufgabe der Kirche.

Alle unsere Gemeinden haben ausgezeichnete Infrastrukturen und sind für das kulturelle und gesellschaftliche Leben nicht auf die Kirchbauten angewiesen.

Viele Liechtensteiner wissen derzeit nicht so recht, was sie von der Entflechtung zwischen Staat und Kirche halten sollen respektive fürchten, dass Liechtenstein seine katholischen Wurzeln verlieren könnte. Teilen Sie diese Angst?

Meine Reisen durch Staaten in denen die Kirchen nur beschränkt oder gar nicht öffentlich finanziert werden, haben mir die Augen geöffnet. Etwa in Frankreich oder auch den USA trifft man teils auf ein religiöses Leben, über das man nur staunen kann.

Angesichts dessen sollte man die Angst vor dieser Entflechtung verlieren. Im Gegenteil – gerade dort, wo die Verbindung zwischen Staat und Kirche nicht so eng ist wie bei uns, ist das religiöse Leben aktiver als bei uns. Eine ausgeprägte Enge zwischen Staat und Kirche kann zu einer religiösen Entfremdung führen.

Als religiöser Mensch war ich schon in jungen Jahren für eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche – und als Staatsoberhaupt dann erst recht. Es tut der katholischen Kirche nur gut, wenn sie ihre Selbständigkeit zurückerhält. Dadurch wird die Identifikation der Kirche mit ihren Gläubigen wieder gestärkt, denn sie wird dann nicht mehr vom Staat oder der Politik getragen, sondern von der Glaubensgemeinschaft.

Die laufende Legislaturperiode neigt sich allmählich dem Ende zu. Sind Sie mit der Leistung der Koalitionsregierung bislang zufrieden?

Ich glaube, dass man im Grossen und Ganzen zufrieden sein kann. Natürlich hätte ich es in manchen Bereichen gerne gesehen, wenn man mehr Fortschritte erzielt hätte. Aber man muss sich im Klaren sein, dass Reformen Zeit brauchen, besonders in einer direkten Demokratie.

Angesichts dessen denke ich, dass die Arbeit der Koalition in dieser Legislatur recht erfolgreich verlaufen ist.

Im Vorfeld der letzten Wahlen haben Sie sich für „klare Verantwortung“ und damit indirekt für Alleinregierungen ausgesprochen. Hat sich Ihre Meinung geändert, welches Modell favorisieren Sie für die nächste Legislatur?

Ja, die Koalition hat in manchen Bereichen mehr erreicht, als ich das ursprünglich vermutet habe. So gesehen wurde ich positiv überrascht – gerade auch wenn man über die Landesgrenzen blickt und sieht, was grosse Koalitionen anderswo leisten oder eben nicht. Die grosse Koalition hat erstaunlich viel bewegt und wir brauchen uns wirklich nicht zu verstecken.

Welche Koalitionen kommen für Sie in Liechtenstein überhaupt in Frage?

Grundsätzlich sollten in Liechtenstein Koalitionen mit allen drei Parteien möglich sein, also auch eine Koalition einer der grossen Parteien mit der Freien Liste – auch wenn diese mit der Staatsform ja bekanntlich Mühe bekundet. Schliesslich wurden oder werden alle drei demokratisch gewählt.

Die Frage ist natürlich, wie sehr die Standpunkte der Freien Liste mit denjenigen der beiden grossen Parteien kompatibel sind. Die Gemeinsamkeiten zwischen der FBP und der VU sind da wesentlich grösser. Zudem stellt sich die Frage, was die Freie Liste in einer Koalition alles aufgeben müsste und wie lange eine solche Koalition aufgrund der inhaltlichen Diskrepanzen halten würde.

Ohne den möglichen Wahlausgang vorwegzunehmen: Würden Sie als Staatsoberhaupt einer Koalitionsregierung mit der Freien Liste Ihre Zustimmung erteilen?

Ich müsste diese Zustimmung ja nicht mehr erteilen, sondern der Erbprinz (lacht). Aber ich denke mir schon, dass ich als Staatsoberhaupt keine Einwände gegen eine solche Koalition hätte.

Sie haben es gerade gesagt, Sie sind zwar noch das offizielle Staatsoberhaupt, aber die Geschäfte werden seit 2004 durch Ihren Sohn, den Erbprinzen als Stellvertreter geführt. Gibt es Situationen oder Entscheidungen, in denen Sie anders agiert hätten als Ihr Stellvertreter?

Nein. Natürlich hat jeder seinen eigenen Stil, aber wir waren uns in allen wichtigen Fragen einig – schon vor seiner Einsetzung als Stellvertreter.

Wie sind Sie als Staatsoberhaupt mit der Arbeit Ihres Stellvertreters zufrieden?

Ich bin sehr, sehr glücklich mit seiner Arbeit. Aber um ehrlich zu sein, habe ich mir auch nichts anderes vom Erbprinzen erwartet.